



Mit Solidarität aus der Corona-Krise

Die Corona-Krise hat Wirtschaft und Gesellschaft tiefgreifend verändert und Ungleichheiten schonungslos offengelegt. Für die SP ist klar: Der Ausstieg aus der Krise kann nur solidarisch gelingen. Wir wollen eine Gesellschaft für alle statt für wenige. Wir nehmen auf alle Rücksicht und halten zusammen. Wir müssen ältere und kranke Menschen weiterhin gemeinsam vor der Bedrohung durch das Virus schützen. Solidarität bedeutet auch, jene zu unterstützen, die wirtschaftlich am meisten unter der Krise leiden: Menschen, die auf Abruf oder im Stundenlohn arbeiten. Selbständige mit unregelmässigen Einkommen. Das lokale Gewerbe.

Die Krise zeigt uns: Menschen, die in Branchen wie Logistik und Transport, Gesundheit, Sozialarbeit, Reinigung, Kinderbetreuung, Detailhandel oder Sicherheit arbeiten, halten unsere Gesellschaft am Laufen. Sie verdienen mehr Respekt, mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen. Solidarität heisst auch Einsatz für die Gleichstellung aller, denn viele der „systemrelevanten“ Arbeitnehmer_innen sind Frauen oder auch Migrantinnen und Migranten. Auch Menschen, die ohne Papiere hier leben und arbeiten, sind besonders gefährdet und verdienen unsere Unterstützung.

Die Kosten der Pandemie müssen gerecht finanziert werden. Breite Schultern können und sollen mehr tragen. Wer über ein Spitzensalär, ein riesiges Vermögen oder enorme Unternehmensgewinne verfügt, kann und soll einen grösseren Beitrag leisten. Die Krise zeigt, dass wir alle auf einen starken Service Public angewiesen sind, der aus öffentlichen Mitteln finanziert wird. Es braucht jetzt nicht Abbaupakete, sondern umfangreiche Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Betreuung.

Die Corona-Pandemie hat es bewiesen: Unsere Gesellschaft ist stark, wenn wir solidarisch sind. Solidarität ist der Ausweg aus der Krise. Sie muss auch international koordiniert sein. Denn die schwächsten Staaten sind mehr denn je auf unsere Unterstützung angewiesen, ebenso wie diejenigen Gruppen von Menschen, die über wenig oder gar keinen Schutz verfügen – Geflüchtete, Vertriebene, arme, alte und kranke Menschen. Die Schweiz muss dazu beitragen, dass heutige wie zukünftige Massnahmen (von der Soforthilfe bis zur Verteilung von Impfstoffen) allen Ländern gleichermaßen zugutekommen.

Die Forderungen der SP Schweiz

Für eine solidarische Bewältigung der Krise fordert die SP konkrete Massnahmen. Dabei hat die psychische und physische Gesundheit der Bevölkerung jederzeit im Vordergrund

zu stehen. Unser Ziel ist es, Leben zu retten, Arbeitsplätze zu schützen und eine bessere Zukunft zu gestalten.

- An allen Arbeitsplätzen müssen die Massnahmen zum Schutz der Gesundheit eingehalten werden können. Wer zu einer Risikogruppe gehört oder Angehörige, die zu Risikogruppen gehören, schützen muss, bleibt zuhause und enthält den Lohn aus den Mitteln der Erwerbsausfallentschädigung (EO).
- Die Kaufkraft stützt die Wirtschaft. Die Renten müssen erhalten und die Löhne weiterbezahlt werden. Wer weniger als den Medianlohn verdient (6'500 Franken brutto auf 100%), soll bei Kurzarbeit nicht 80%, sondern 100% des Lohnes ersetzt erhalten. Wo keine Kurzarbeit möglich ist, muss die Erwerbsausfallentschädigung (EO) zum Zug kommen.
- Die Krankenkassenprämien sind eine grosse Last für viele Haushalte im Land. Die SP verlangt, dass die Krankenkassenprämien auf dem Stand von 2020 eingefroren werden. Der Abstimmungskampf zur SP-Volksinitiative, die fordert, dass kein Haushalt mehr als 10% des verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden soll, steht bevor.
- Die Krise strapaziert die Sozialversicherungen und zeigt deren Lücken auf. Um Erwerbsausfälle endlich einheitlich, systematisch und umfassend decken zu können, fordert die SP die Einführung einer allgemeinen Erwerbsausfallversicherung.
- Die Erwerbsausfallentschädigung (EO) muss Einkommensausfälle auch von selbständig Erwerbenden ausgleichen. Für Klein- und Kleinstunternehmen wichtig sind zinslose Darlehen. Sie vermeiden Konkurse und sichern Arbeitsplätze. Die SP fordert, dass solche Darlehen nach der Krise auf Antrag in à-fonds-perdu-Beiträge umgewandelt werden können. Andernfalls ist eine breite Verschuldung zu befürchten, die den Aufschwung der Wirtschaft zusätzlich bremsen wird.
- Eine grosse Belastung für viele Betriebe sind die Mieten. Die SP verlangt vom Bundesrat konkrete Vorschriften, die Gewerbetreibende für die kommenden Monaten von der Pflicht zur Zahlung der Miete befreit. Auch die Immobilienbesitzer_innen müssen ihren Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten.
- Tourismus, Kultur und Freizeit gehören zu den besonders betroffenen Branchen. Es braucht zinslose Darlehen für den nachhaltigen Tourismus, Investitionshilfen und gerade bei kleineren Betrieben auch à-fonds-perdu-Beiträge. Die SP fordert, dass alle Bewohner_innen der Schweiz einen Gutschein im Wert von 200 Franken erhalten, der im Inland eingesetzt werden kann, für Ferien, Gastronomie und Ernährung, für Freizeit und Kultur.
- Die Corona-Krise hat mit Wucht gezeigt, wie wichtig der sogenannte Care-Sektor ist. Gesundheitswesen, Sozialwesen, Bildung und Betreuung sind lebenswichtig für uns alle. Dies alles sind Bereiche, in denen vornehmlich Frauen tätig sind. Die SP fordert, dass der Service public in diesen Bereichen ausgebaut wird. Auf weitere Privatisierungen und Liberalisierungen ist zu verzichten. Das Recht auf Kinderbetreuung ist ebenso wie das Recht auf Schulbesuch in der Bundesverfassung zu

verankern. Neben Frauen leisten Senior_innen einen wichtigen Teil der Care-Arbeit, beispielsweise in der Pflege von Ehepartner_innen, Enkelkindern und weiteren Angehörigen. Alle Menschen, die im Care-Bereich tätig sind, bezahlt wie unbezahlt, müssen mehr Wertschätzung erhalten.

- Es braucht bessere Arbeitsbedingungen, mehr Respekt und faire Löhne für die Menschen in systemrelevanten Berufen. Denn diese sind oft schlecht bezahlt und bekommen wenig Wertschätzung. Das muss sich ändern. Die SP fordert alle Arbeitgeber_innen im Care-Bereich dazu auf, die engagierte Arbeit ihrer Angestellten entsprechend zu honorieren.
- Beim Wiederaufbau nach der Krise steht der ökologische Umbau im Zentrum. Die SP fordern massive Investitionen in klimafreundliche Mobilität, in Gebäudesanierungen und in die Förderung erneuerbarer Energien. Diese Investitionen sind nötig, um die CO2-Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen. Und sie schaffen zahlreiche Arbeitsplätze.
- Die Corona-Krise ist auch eine Zeit der forcierten Digitalisierung von weiteren Lebens- und Wirtschaftsbereichen. Die Krise hat diesbezügliche Probleme offen gelegt und verstärkt, sowohl in der Privatwirtschaft wie auch bei der öffentlichen Hand. Es hat sich gezeigt, dass die öffentlichen Verwaltungen heute noch nicht über genügend Know-how und Ressourcen verfügen, um die nötigen Angebote und Dienstleistungen anzubieten. Es braucht Investitionen in Aus- und Weiterbildung, die neben den Schulungskosten auch die Kosten der Lebenshaltung decken. Nur so können wir zusätzliche Arbeitslosigkeit nach der Krise verhindern und uns auf eine nächste Krise gut vorbereiten.
- Gezeigt haben sich auch die Schwächen der digitalen Infrastruktur. Dies gilt einerseits für die verfügbaren Kapazitäten, andererseits aber auch im teilweise unbedarften Umgang mit den aktuellen Herausforderungen. In vielen Bereichen - beispielsweise im Schulbereich - entstand ein eigentlicher Wildwuchs verschiedenster, häufig privater Angebote. Zahlreiche Nutzer_innen wurden somit in Abhängigkeiten gezwungen, weil es an einheitlichen Lösungen von Seiten der öffentlichen Hand fehlte. Gleichzeitig ist die digitale Kommunikation nicht in allen Bereichen das Mass der Dinge. Gerade im Schulbereich bedroht Unterricht zuhause über kurz oder lang die Chancengleichheit, denn die Bedingungen sind nicht für alle gleich.
- Privatsphäre, Freiwilligkeit und Datenschutz sind trotz nützlichem Contact-Tracing zu garantieren. Wer sich in freiwillige Quarantäne begibt, braucht eine Einkommensgarantie. Die Digitalisierung darf keine Ungleichheiten zementieren oder neue schaffen.
- Die Finanzierung der Corona-Krise muss solidarisch erfolgen. Die SP toleriert nicht, dass die Corona-Krise zu Abbauprogrammen bei Bund und Kantonen führt und somit Menschen mit wenig Geld und der Mittelstand die Kosten der Krise tragen müssen. Staatliche Investitionen in die Bewältigung der Corona-Krise sind richtig und wichtig, und die Schweiz kann sich diese leisten. Die Eidgenossenschaft steht finanziell auf grundsoliden Füßen, die Nationalbank schreibt jedes Jahr Rekord-

gewinne. Auch aufgrund der tiefen Zinsen besteht kein Grund, die Schuld rasch abzubauen.

- Die zusätzlich notwendige Finanzierung der Krisenbekämpfung muss nach Massgabe der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit erfolgen: Der Satz der direkten Bundessteuer für steuerbare Einkommen ab 300'000 Franken soll deutlich erhöht werden. Unternehmen haben eine Solidaritätsabgabe von zusätzlich 5% zu leisten. Dividenden sind vollständig zu besteuern, und auf Erbschaften über 10 Millionen Franken ist eine Erbschaftssteuer zu erheben. Auf Vermögen über 500 Millionen Franken wird eine Solidaritätssteuer erhoben. Die SP Schweiz unterstützt auch die 99%-Initiative der JUSO Schweiz.